Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Erklärung ; Der Umsturz in Prag ; Heuchler und Pharisäer ; Welche Freiheit? ; Zweierlei Demokratie ; Quislinge? ; Der innere Kampf ; Zum Problem der Revolution ; Wirkungen und Gegenwirkungen ; Wunschträume und Tatsachen ; Der Krieg in Pa...

Autor: Trautvetter, Paul / Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139086

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

den ungeheuren Verrat am Sozialismus. Ich kann mir nicht denken, daß ein klarer Mann auch nur davon zu träumen vermöchte, es gehe in solchen Diktaturländern dem arbeitenden Volke gut. Ich kann mir nicht denken, daß ein ehrlicher Mensch bei uns die Kirche und die Religion als Gebilde der bürgerlichen Ideologie bekrittelt, Gebilde, welche hierzulande immerhin noch ihrer Aufgabe leben dürfen, während man handkehrum die abstoßende und servile Haltung jener Kirchen bewundert, die vor der Diktatur der eigenen Volksgenossen kapitulieren. Alles läuft auf die Hitlersche Maxime hinaus: Recht ist, was mir nützt. Victi victoribus leges dederunt: Die Besiegten (Nazi) haben den Siegern (Kommunisten) die Grundsätze des Handelns hinterlassen! Aber daß man auf solche Voraussetzungen einen Sozialismus, und gar noch einen religiösen bauen könne, das ist mir unerfindlich . . .

Mit freundlichem Gruß: *Heinrich Berger*
Präsident der Arbeitsgemeinschaft «Arbeit und Bildung»

Weltrundschau

Erklärung

Die Redaktion ist gezwungen, sich von dem, was der Verfasser der «Weltrundschau» über das tschechoslowakische Geschehen sagt, mit aller Deutlichkeit zu distanzieren. Insbesondere verwahren wir uns gegen das, was über die Protestbewegung, die durch die freiheitliche Welt geht, gesagt wird. Auch wenn es noch so wahr ist, daß heute Leute protestieren, die bei den Greueln anderer Diktaturen geschwiegen haben, so haben auf alle Fälle diejenigen keinen Anlaß, sich auf das hohe Roß der Selbstgerechtigkeit zu setzen, deren bisherige Beurteilung der Dinge durch die tschechischen Ereignisse so erschütternd desavouiert worden ist. Wir unserseits begrüßen das Erwachen Europas und halten es, trotzdem wir Sozialisten sind, für verblendet, wenn in diesem geschichtlichen Augenblick der Zusammenschluß aller derer, die die Menschenrechte und die Freiheit der kleinen Völker verfechten, durch Klassen- oder Parteipharisäismus verhindert wird.

Mit ein paar kühlen und matten Sätzen das geschehene Verbrechen abzulehnen und nachher seitenlang für die Übeltäter zu plädieren und die Aufmerksamkeit auf die Fehler anderer abzulenken – das erscheint uns weit gefährlicher als die eindeutige Stellungnahme unserer Kommunisten. Gerade diese Methode verhindert das Erwachen derer, die zum Erwachen noch fähig wären. Die ewige Verunglimpfung derer, die noch nie in der Geschichte unsere Freiheit bedroht, sondern sie zweimal mit ihrem Blut gerettet haben, erscheint uns als unerträgliche Undankbarkeit, und im Blick auf die Zukunft als unverzeihliche Verblen-

dung. Unser Ja für Demokratie und Menschenrechte ist ganz und ungebrochen. Die faschistischen, bolschewistischen und «volksdemokratischen» Greuel sollten nachgerade jedem die Augen für das unersetzliche Gut eines Rechtsstaates geöffnet haben. Sich über «geistigen Terror» zu beklagen, wenn die Völker anfangen, denen auf die Finger zu sehen, die den blutigen Terror unter Ausnützung der demokratischen Freiheiten vorbereiten, wäre eine Lächerlichkeit, wenn es nicht so traurig wäre.

Wenn wir gegenüber Gewaltakten und Gewalttheorien nicht eindeutig Stellung nehmen, verlieren wir jenen moralischen Boden unter den Füßen, den niemand so nötig hat wie diejenigen, die für eine gerechtere Gesellschaftsordnung kämpfen. Die «Neuen Wege» werden ein Organ der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Menschlichkeit und der Brüderlichkeit sein – oder sie werden nicht mehr sein.

Die Redaktion der «Neuen Wege»
Paul Trautvetter.

Der Umsturz in Prag Das Februarheft der «Neuen Wege» war noch nicht in den Händen der Leser und Leserinnen, als bereits jenes Ereignis abzurollen begann, das seither im Mittelpunkt – nicht gerade der Weltgeschichte, aber doch der europäischen Politik geblieben ist: der *kommunistische Umsturz in der Tschechoslowakei.* Eine heftige, an Panik grenzende Erregung hat sich darob der sogenannten öffentlichen Meinung in zahlreichen Ländern bemächtigt. Nicht zuletzt auch in der Schweiz sahen erschrockene Gemüter bereits Stalin vor den Toren, und es fehlte nicht viel, so wäre regelrecht Generalmarsch geschlagen worden. Wer sich nicht schleunigst in die Einheitsfront aller Gutgesinnten einreihte und seine Loyalität gegenüber der Demokratie bezeugte, indem er auf die Prager Bolschewiki rabiat hineinschlug, der konnte etwas erleben. «Moskauhörige», «Quislinge», «Kollaborationisten», «Verräter an der Schweiz» – so prasselte es von allen Seiten auf die Unglücksmenschen herunter, die nicht mit den Wölfen heulen wollten; Kundgebungen, Erklärungen und Resolutionen jeglicher Art, an denen sich sogar Regierungen und Parlamente, bis hinauf zur Bundesversammlung, beteiligten, überboten sich im Ausdruck der flammenden Empörung über die himmelschreiende Ruchlosigkeit der tschechoslowakischen Kommunisten und ihrer schweizerischen Komplicen. Kurz, ein moralischer Terror setzte ein, der die erbaulichsten Aussichten auf die Dinge eröffnet, die da vielleicht noch kommen werden, falls die rote Flut weiter gegen Westen vorrücken sollte – und das alles selbstverständlich im Namen der Freiheit des Geistes und der Rede, die es gegen jene *anderen* «Terroristen» zu verteidigen gelte, auf welche man jetzt überall mit Fingern zeigt . . .

Man ist ordentlich versucht, sich nun «grad z' leid» neben die Sünder selbst in die «Drecklinie» zu stellen. Nur brächte uns das in der *sachlichen* Beurteilung der Vorgänge in der Tschechoslowakei natürlich keinen Schritt weiter. So wenig wir uns von den Kommunisten nach rechts drängen lassen dürfen, so wenig lassen wir uns jetzt von den Antikommunisten nach «links» abdrängen. Wir bleiben auch angesichts der jüngsten Ereignisse auf unserer bisherigen Position und stellen mit Trauer und Protest fest, wie im Lande Masaryks – also nicht in einem rückständigen Ostland ohne demokratische Überlieferung –, nur noch notdürftig verhüllt, ein diktatorischer Einparteienstaat aufgerichtet wird, wie die Presse- und Oppositionsfreiheit beseitigt, die Wahrheit entstellt oder unterdrückt und gegen alle, die nicht dem neuen Regime dienstbar sind, roher Druck ausgeübt wird, ja, wie zahlreiche nicht Gleichzuschaltende aus dem Land oder gar in den Tod getrieben werden, und sich neuerdings ein Flüchtlingsstrom über die Grenzen ergießt von der Art, wie er immer aufquillt, wenn irgendwo die Würde und die Sicherheit der Person bedroht oder zerstört sind. Das sind alles böse Dinge, und wem immer die Rechte und Freiheiten der Menschen und Bürger, die das Abendland in langen Jahrhunderten des Kampfes und der Opfer errungen hat, auch nur ein wenig lieb sind, der muß zu *dieser* Seite des tschechoslowakischen Umsturzes sein klares, festes Nein sagen.

Heuchler und Pharisäer Das entbindet ihn aber keineswegs von der Pflicht, ebenso deutlich und entschieden von allen jenen seltsamen «Freiheitsfreunden» abzurücken, die jetzt das große Wort in der Öffentlichkeit führen und doch moralisch so herzlich wenig dazu berechtigt sind. Oder kann es etwas Widerlicheres und Verächtlicheres geben als jene «Demokraten», die in den Jahren des Faschismus und Nazismus, solange die Opposition noch etwas kostete, kein einziges mannhaftes Wort gegen die Diktatur *von rechts* fanden, ja mit ihr sogar noch mehr oder weniger heftig liebäugelten, jetzt aber vor Entrüstung fast überschnappen, weil in der Tschechoslowakei eine Diktatur *von links* aufgerichtet worden ist, eine Diktatur, die nicht mit dem millionsten Teil der Opfer und Verbrechen belastet ist, welche das Hitler- und das Mussolini-Regime auf dem Gewissen haben? Als Anno 1939 Großbritannien und Frankreich die Tschechoslowakei in München an Hitler verrieten, gab es da nicht eine Menge bürgerlicher Zeitungen in der Schweiz, die diese Tat als Triumph echtesten Friedens- und Freiheitsgeistes bejubelten? Gab es damals nicht einen Bundesrat namens *Motta*, der in seiner Luganer Rede voll schwärmerischer Verzückung über den «Erfolg» der Konferenz von München bekannte: «Eine ungeheure Erleichterung, *eine Freude, die keinen angemessenen Ausdruck findet*, erhebt alle Herzen

in einer Bewegung der Dankbarkeit. Jene Konferenz war gleich dem Stern, der die Schatten der Nacht durchbricht und das nahende Licht des Morgens verkündet!» Haben etwa die Fraktionen, die kürzlich in der Bundesversammlung ihrer demokratischen Empörung über die Partei der Arbeit so beredten Ausdruck verliehen, weil sie sich mit den tschechoslowakischen Kommunisten solidarisierte, haben diese Fraktionen auch den damaligen Leiter der schweizerischen Außenpolitik in ähnlichen Protestkundgebungen vor dem Parlament abgekanzelt und abgeschüttelt? Dabei war Herrn Mottas Rederei und ganze Politik infolge der hohen, verantwortlichen Stellung des gefeierten Staatsmannes unvergleichlich viel anstößiger und verhängnisvoller als sämtliche Reden und Telegramme Arnolds, Nicoles und ihrer Freunde miteinander! Hat unter solchen Umständen der ganze heutige Protestrummel mindestens der bürgerlichen Parteien noch die geringste moralische Berechtigung? Wie soll man Leute noch irgendwie ernst nehmen, die von heiligem Zorn über die kommunistische Tyrannei in den östlichen «Volksrepubliken» glühen, aber kühl bis ans Herz hinan, auf jeden Fall ohne öffentliche Zeichen eines Protestes, den tausendfach ärgeren Greueln zusehen, die die Gegenrevolution beispielsweise in Griechenland an Kommunisten, Sozialisten und Demokraten samt deren Frauen und Kindern verübt? Und was soll man erst von einer Studentenschaft sagen, die nichts vorzubringen gewußt hat, als eine schweizerische Hochschule Herrn Benito Mussolini feierlich zum Ehrendoktor ernannte und ein Charles Maurras der Abgott unserer jungen welschen Intellektuellen war, eine Studentenschaft, die – wie die sozialistischen Studenten von Zürich in einer öffentlichen Erklärung feststellen – «geschwiegen hat, als es noch etlicher Zivilcourage bedurfte, um gegen die Kreuzigung des Geistes zu protestieren (‚Reinigung' der deutschen Universitäten von jüdischen Professoren und Studenten, Vertreibung demokratischer Professoren aus Deutschland, Schließung der tschechoslowakischen Universität Prag durch die Nazi 1939, Unterdrückung der Studenten im besetzten Holland usw.), die geschwiegen hat, als die Konzentrationslager errichtet wurden und als in Auschwitz die Gasöfen brannten», nun aber auf einmal von einem elementaren Protestierbedürfnis erfaßt wird, da die Gelegenheit günstig ist, den «Roten» eins ans Bein zu geben? Und *die* Herrchen wagt man uns als hoffnungsvolle Träger eines neu unter uns erwachenden Freiheitsgeistes vorzustellen – daß man sich nicht schämt! Nicht zu reden davon, daß es mit den bürgerlichen Rechten und Freiheiten in gewissen sich erzdemokratisch gebärdenden Ländern nicht so gar weit her ist, etwa im totalitären Süden der Vereinigten Staaten mit seiner Minderheitsdiktatur einer weißen Oberschicht.

Wirklich, es ist mit Händen zu greifen, daß es dem schweizerischen und ausländischen Bürgertum bei seinen tönenden Protesten viel weniger um die *Freiheit* zu tun ist (zu der namentlich auch die konserva-

tiven Katholiken doch ein sehr eigenes Verhältnis haben), als um die *herrschende Gesellschaftsordnung*, für die ihre Nutznießer allerdings zu zittern Anlaß haben, daß es in erster Linie die politischen und sozialen *Ziele* der Umwälzung in der Tschechoslowakei sind, die unser Bürgertum meint, wenn es gegen die dabei gebrauchten *Mittel* tobt, und daß man in diesem Lager kaum sehr große Hemmungen empfände, ebenfalls sehr totalitäre Mittel anzuwenden, wenn es darauf ankäme, eine wirklich ernsthafte Bedrohung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen abzuwehren. Die Erinnerung an den «alten» Faschismus und ein Blick auf die neufaschistische, gegenrevolutionäre Bewegung, die jetzt durch die Welt geht, sollte uns vor jeglicher Illusion darüber bewahren, wozu ein Bürgertum fähig ist, das wirklich um den weiteren Genuß seiner Klassenherrschaft bangen und kämpfen muß!*

Welche Freiheit? Um so bedenklicher ist es, wenn auch ein Teil der Bekenner des *Sozialismus* genau im gleichen Stil gegen die tschechoslowakischen Kommunisten wütet wie das Bürgertum, ja dieses an Vulgarität der Sprache womöglich noch übertrifft. Diesen Rechtssozialdemokraten ist es zwar sicherlich mit der Ablehnung *jeder* Diktatur ernst (Erscheinungen wie die Schützenhilfe der französischen Sozialisten für de Gaulle und seine Bewegung können nicht verallgemeinert werden); aber ebenso sicher ist, daß sie den Kapitalismus und die bürgerlichen Ordnungen im Vergleich zu dem, was früher in der sozialistischen Bewegung üblich war, außerordentlich nachsichtig beurteilen und mit deren Vertretern und Organen völlig vorurteilsfrei kollaborieren, während für sie der Kommunismus mehr und mehr *der* große Feind geworden ist, dessen Bekämpfung fast ihr ganzes Denken, ihren ganzen Spiritus, ihre ganze Leidenschaft beansprucht. Sie nähern sich damit dem *bürgerlichen* Freiheits- und Demokratiebegriff in einem Maße an, daß ihre Haltung, wie gerade jetzt wieder bei der Beurteilung des Umschwunges in der Tschechoslowakei, von derjenigen der kapitalistischen Gruppen und Parteien oft kaum mehr zu unterscheiden ist. Und das ist immerhin nicht ganz normal. Denn es ist nun einfach nicht wahr, daß in der Tschechoslowakei «*die* Freiheit», «*die* Demokratie», «*das* Menschenrecht» vernichtet sei. Die

---

* Übersehen wir auch eines nicht: die nichtkommunistischen Tschechoslowaken selber haben weithin das Recht verwirkt, sich jetzt bedauern zu lassen. Sie haben ja fröhlich mitgeholfen, *ihre deutschsprachigen Landsleute noch unvergleichlich viel ärger zu vergewaltigen!* Über die Austreibung der etwa zwei Millionen Sudetendeutschen, von denen Tausende dabei elend zugrunde gegangen sind, hört man tatsächlich aus erster Quelle Dinge, die alles, was man jetzt über die kommunistische Diktatur vernimmt, weit in den Schatten stellen. Sind die gewalttätigen Methoden, deren sich nun die Kommunisten gegenüber dem tschechoslowakischen Bürgertum bedienen, nicht dem gleichen Ungeist entsprungen, der auch die Säuberungsmaßnahmen gegenüber den Sudetendeutschen eingegeben hat?

dortigen Kommunisten haben im schlimmsten Fall – und hoffentlich nicht auf die Dauer – nur die *politische* Demokratie vernichtet, während sie einen neuen Anlauf nehmen, um, mit Hilfe ihrer Diktatur allerdings, die *wirtschaftliche* und *soziale* Demokratie aufzubauen, die in der Tschechoslowakei bislang nur unvollkommen verwirklicht und neuerdings in ihren Grundlagen selbst bedroht war.

Machen wir es uns doch ganz unerbittlich klar: Auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, *kann* es gar keine echte Demokratie, keine wirkliche Freiheit geben. Der Kapitalismus war und ist schon in seiner täuschenden liberalen Gestalt, und erst recht in seinen modernen, monopolistischen Formen, nichts anderes als wirtschaftliche und soziale *Diktatur*, ist ein System versteckter Gewalt, grundsätzlicher Rechtlosigkeit für den Schwachen und offenkundiger Willkür. Was in seinem Bereich auch in den «fortgeschrittensten» politischen Demokratien Tag für Tag und unter unseren eigenen Augen an Schändung der Würde und Freiheit der Person, an Zerstörung von Gesundheit, Glück und Leben der Menschen verübt wird, das geht über unser Vorstellungsvermögen und springt darum auch viel weniger in die Augen als eine notwendigerweise in aller Öffentlichkeit vor sich gehende Mißachtung *politischer* Freiheits- und Persönlichkeitsrechte, ist aber durchaus nicht weniger verdammenswert, in seinen Wirkungen sogar unzweifelhaft weit verheerender als diese, auch wenn man die Völkerkriege und die faschistischen Gewaltsysteme, die vom Kapitalismus in so hohem Grade mitverschuldet sind, noch ganz außer acht läßt. Daß auf bürgerlicher Seite der Gewalt- und Diktaturcharakter des Kapitalismus ignoriert, ja geleugnet und von Freiheits- und Rechtsverletzung nur gesprochen wird, wenn sie politischer Art ist, oder wenn die sozialistische «Kommandowirtschaft» angeprangert werden soll, das ist vollkommen in der Ordnung. Soll man es aber auch schon für selbstverständlich ansehen, wenn eine ähnliche Betrachtungsweise, nur mit etwas anderen «Nuancen und Akzenten» (wie die «Neue Zürcher Zeitung» wohlwollend bemerkt), auch auf sozialistischer Seite geübt wird, nur weil damit die kommunistische Konkurrenz getroffen und *ihre* Kommandowirtschaft diskreditiert werden kann?

Unter Sozialisten, so meinen wir, sollte es trotz allem, was wir den Kommunisten vorzuwerfen haben, ausgemacht bleiben, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise für die große Mehrheit der Völker die Verneinung der Freiheit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist und immer als das gekennzeichnet werden muß. Dazu kommt, daß der Kapitalismus *Klassengegensätze* erzeugt hat und aufrechterhält, die schlechthin tödlich auf alle Volksherrschaft und Volksgemeinschaft wirken. Um hier nur von der «ältesten Republik Europas» zu reden: Solange kaum fünf Prozent aller erwerbstätigen Schweizer mehr als die Hälfte des angeblichen Volksvermögens besitzen und die 13 000 reich-

sten Eidgenossen mehr Vermögen haben als 1¾ Millionen Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbler und Kleinbauern, soll man mir nicht mehr mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kommen. Diesen Zustand heiße ich Klassenherrschaft, nicht Volksherrschaft, Demokratie. *Ihn* zu überwinden, sollte unser erstes Anliegen sein, wenn wir ein freies Volk auf freiem Grunde sehen wollen!

Zweierlei Demokratie Schon diese beiden Tatsachenreihen zeigen, daß im Gesamtleben der Völker – und die Demokratie ist eben unteilbar! – der demokratische Sektor tatsächlich viel schmäler ist, als die bürgerliche Denkweise und Propaganda wahr haben will. Und zwar auch dann, wenn die politische Demokratie völlig ungehindert und unangetastet walten kann. Das ist ja nun aber in gar keiner Weise der Fall. Die Herrschaft der kapitalistischen Mächte auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet berührt aufs stärkste auch die politischen Lebensäußerungen und verfälscht, verkrüppelt und unterhöhlt die staatlich-demokratischen Einrichtungen in verhängnisvoller Art. Nicht nur stehen Parteien und Parlamente, Regierungen, Verwaltungen und Gerichte dauernd unter wirksamstem Einfluß bürgerlich-kapitalistischer Kräfte und Vorstellungen; nicht nur wird die Ausübung der politischen Freiheits- und Volksrechte (Stimmabgabe, Versammlungsrecht, unbehinderte Wahl der Zeitungslektüre, Gewerkschaftsfreiheit usw.) durch wirtschaftlichen und geistlichen Druck von oben arg beschränkt. Viel schlimmer ist, daß schon die Bildung des politischen Willens im bürgerlich-kapitalistischen Staat durchaus nicht frei erfolgt, sondern durch jenen ungeheuren, raffiniert aufgebauten und arbeitenden Beeinflussungsapparat, von dem ich hier schon wiederholt gesprochen habe – Presse, Literatur, Radio, Kino, Schule, Kirche, Vereinswesen, Sport, Militär usw. – im Sinne der herrschenden Klassen planmäßig gelenkt und gemacht wird, und zwar mit größtem Erfolg. Es ist schlechterdings ein Meisterstück der kapitalistischen Schichten (und ähnliches gilt auch von der römischen Kirche), daß sie es verstanden hat, die *Formen* der Demokratie so geschickt zu benützen, daß dabei die wirksamste Stützung einer Wirtschaftsordnung herausgekommen ist, die ihrem *Inhalt* nach das Gegenteil aller Demokratie ist. Otto *Bauer*, dessen Asche letzthin aus Paris in seine Wiener Heimat zurückgebracht worden ist, hat es einmal ganz treffend formuliert:

«Die bürgerliche Demokratie war der höchste Triumph des Kapitalismus ... Die bürgerliche Demokratie hat alle gegen den Kapitalismus gerichteten revolutionären Energien eingeschläfert. Sie hat die Massenparteien der Kleinbürger und der Bauern in gefügige Werkzeuge der Kapitalistenherrschaft verwandelt und die praktische Wirksamkeit der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften auf Funktionen reduziert, die den Kapitalismus nicht erschüttert, sondern auf ein höheres technisches, soziales und kulturelles Niveau gehoben und dadurch gefestigt haben. Die Kapitalistenklasse brauchte keine politischen Privilegien mehr, um zu herrschen. Sie brauchte kein Zensuswahlrecht mehr, und sie mußte die Arbeiter, die Bauern, die Kleinbürger

nicht mehr vom Genuß der ‚Menschen- und Bürgerrechte' ausschließen. Ihre Herrschaft zu behaupten, ihre Interessen durchzusetzen, genügten in einer Zeit, in der die ungeheure Mehrheit des ganzen Volkes von der Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und von der Möglichkeit, ihre Interessen innerhalb dieser Gesellschaftsordnung wirksam zu vertreten, überzeugt war, die aus der wirtschaftlichen Macht des Kapitals erstandenen Ideensysteme, durch die das Kapital die öffentliche Meinung und damit Wähler und Gewählte des allgemeinen Stimmrechtes seinen Interessen dienstbar machte. So konnte die Kapitalistenklasse alle vier oder sechs Jahre einmal ihrer Klassenherrschaft die Weihe der Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung geben lassen. So konnte sie herrschen durch den Willen der von ihr ausgebeuteten Volksmassen selbst.»

Das gilt im wesentlichen noch heute für die Verhältnisse in Westeuropa und Amerika. *Darum* der zum wahren Götzendienst ausgeartete Kult, den die herrschenden Klassen und Parteien mit der bürgerlichen Demokratie treiben: Sie wissen genau, daß im Rahmen der vom Kapitalismus geprägten «Volksherrschaft» – von Ausnahmen abgesehen – eine durchschlagend antikapitalistische Massenbewegung, eine radikale sozialistische Opposition überhaupt nicht aufkommen und sich durchsetzen kann. Man frage sich doch einmal, wie lange es noch gehen mag, bis die schweizerische Sozialdemokratie, die gegenwärtig im Nationalrat 48 von 194 Sitzen und im Ständerat gar nur zwei von 44 Mandaten innehat, die Mehrheit in der Bundesversammlung haben wird, wenn ihr nicht Erschütterungen der alten Schweiz zu Hilfe kommen, die durch andere Kräfte als den Stimmzettel bewirkt werden! So wahr es ist, daß politische Freiheit und Selbstregierung zu den Lebensbedingungen einer sozialistischen Ordnung gehören, so irreführend ist es, die bürgerlich-kapitalistischen Formen der Demokratie mit der Demokratie selbst gleichzusetzen. Was sich heute so als Demokratie ausgibt, ist großenteils nicht *Voraussetzung*, sondern ein schweres *Hemmnis* für den Sozialismus – und die bürgerlichen Klassen verstehen das ganz instinktiv. Sie lassen uns ihre Demokratie noch so gern («dem Volke muß die Religion erhalten bleiben») – warum auch nicht, solange sie ihnen nicht gefährlich wird? Für sie ist die Demokratie, die *sie* zubereiten, wirklich nicht viel mehr als Opium für das Volk, als ein Mittel, die ihrer gesellschaftlichen Lage nach auf den Sozialismus hingewiesenen Schichten vom Kampfe für eine *reale* Demokratie abzulenken; ja, sie haben gar noch die Stirn, zu behaupten, gerade der Kapitalismus – sie sagen verschämt: die freie Wirtschaft – sei eine entscheidende *Bedingung* für die Sicherung der politischen Demokratie, während in Wahrheit die politische Demokratie unfehlbar zugrunde gehen wird, wenn sie sich nicht endlich aus ihrer geschichtlich notwendig gewesenen Verbindung mit der kapitalistischen Wirtschaft löst.

All diese Feststellungen sollen und können nicht die Verletzung der aus der revolutionären Periode des Bürgertums noch übrig gebliebenen oder von revolutionären Volksbewegungen erst in unseren Tagen geschaffenen politischen Freiheiten entschuldigen. Aber sie können

zweierlei klarmachen: Einmal daß die seit Jahrzehnten und Jahrhunderten aufgelaufene Summe von Gewalttätigkeiten, Freiheitsbedrükkungen, Willkürhandlungen, Rechtsbeugungen und Verbrechen, die dem Kapitalismus zur Last gelegt werden müssen, ungleich größer ist als alles, was der Kommunismus bisher gesündigt hat. Und sodann, daß die Hauptfront der sozialistischen Bewegung eindeutig gegen den altbösen Feind, eben den Geist und die Werke des Kapitalismus, gerichtet bleiben muß, dem wir einen freiheitlich-radikalen Sozialismus entgegenzustellen aufgerufen sind, einen Sozialismus, der zugleich die beste Waffe auch gegen jeglichen Kommunismus ist.

Solange die Sozialdemokratie das nicht oder nur unter stärksten Hemmungen tut, werden die Kommunisten eben erklären, eine neue, gemeinwirtschaftliche Ordnung könne nur geschaffen werden, wenn zuerst der bürgerlich-kapitalistische Staat mitsamt allem, was er noch an wirklichen Freiheitsrechten enthalten möge, gründlich zerschlagen sei. Und solange wird alle bloß negative Verteidigung der Freiheit (in der Schweiz baut man jetzt den berüchtigten «Staatsschutz», also die polizeilich-obrigkeitliche Abwehr des Kommunismus, noch weiter aus!) nicht nur wirkungslos bleiben, sondern zuletzt dem Kommunismus selbst zugutekommen. Das meinte wohl auch Nikolaj *Berdiajew*, wenn er – in einer vom «Christianisme Social» veröffentlichten Unterredung mit Eugène Porret – sagte:

«Die Verteidigung der Freiheit im Westen scheint mir falsch. Sie wird ein Kampf gegen die kommunistische Drohung. Meine Weltanschauung ist vom dialektischen Marxismus sehr verschieden, aber die antikommunistische Front ist mir völlig antipathisch ... Die Freiheit kann ein konservativ-reaktionäres Prinzip werden. Eine Umgestaltung des Wirtschaftsgefüges wird dann als Anschlag auf die Freiheit betrachtet ... Man muß für die wahre Freiheit kämpfen. Man muß die Freiheit reinigen. Mit dem Liberalismus der vergangenen Jahrhunderte ist es aus; er hat keine Kraft mehr in sich. Und der Individualismus, der einstens hat revolutionär sein können, wird zum unfruchtbaren Gejammer über das Entschwundene. Der Wirtschaftsliberalismus insbesondere wird eine reaktionäre Kraft, die den Kapitalismus in seinem Todeskampfe stützt. Mit der liberalen Demokratie geht es gleichfalls zu Ende; man sucht sie noch zu halten, aber sie verhindert nur die soziale Erneuerung. Die Zukunft gehört der sozialen Demokratie.»

Unter diesem Gesichtspunkte müssen wir auch die Umwälzung in der Tschechoslowakei ansehen, über deren Hintergründe jetzt noch einiges zu sagen übrig bleibt.

Quislinge? Der tschechoslowakische Umsturz hat zwei Seiten: eine außenpolitische und eine innenpolitische. In bezug auf seinen außenpolitischen Aspekt heißt es jetzt allgemein, die tschechoslowakischen Kommunisten hätten verräterischerweise ihr Vaterland «dem russischen Eroberer ausgeliefert», der auf diese Weise einfach – wenn auch etwas verschleiert – Hitlers räuberischen Überfall von 1939 habe wiederholen können. Eine böswillige Entstellung der Tat-

sachen! Die Eingliederung der Tschechoslowakei in den Ostblock kann nicht mit ihrer Annexion durch das Dritte Reich auf eine Stufe gestellt werden. Die Außenpolitik der Sowjetunion läßt sich überhaupt nicht mit der Eroberungspolitik des deutschen Nationalsozialismus gleichsetzen; sie geht, wie hier immer wieder gezeigt wurde, nicht auf imperialistische Expansion, Unterjochung außerrussischer Länder und Ausbeutung «niedrigstehender» Fremdvölker durch eine überlegene «Herrenrasse» aus; sie ist, wie seit 30 Jahren, so auch heute, wesentlich auf Abwehr und Sicherung gerichtet, mag dieses Ziel auch mit noch so falschen Mitteln verfolgt werden.

Und die tschechoslowakischen Kommunisten – eine Partei von anderthalb Millionen Mitgliedern – sind keine Quislinge; so viele Verräter gibt es gar nirgends, auch in der Tschechoslowakei nicht, daß sie, ohne direkt von einer fremden Besetzungsmacht gestützt zu sein, imstande wären, ihr Land durch einen bloßen kalten Putsch einem ausländischen Eroberer auszuliefern – auch mit der abgefeimtesten Revolutionstechnik nicht. Was in der Tschechoslowakei, wenn auch gewiß im Sinne und mit Nachhilfe der Sowjetunion, geschehen ist, das ist einfach die Zurücklegung einer weiteren Wegstrecke in der Richtung auf die scharfe Trennung Europas in zwei große Interessenzonen, eine westliche, angelsächsische und eine östliche, russische, so wie sie auf den Konferenzen von Jalta und Teheran zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin grundsätzlich vereinbart wurden. Und wenn *etwas* die Sowjetunion veranlassen konnte, auf diesem Weg folgerichtig weiterzugehen und nach Ungarn nun auch die Tschechoslowakei dem Ostblock einzufügen, so war es die in der Truman-Doktrin, im Marshall-Plan, im Bevin-Plan, in der Wiederaufrichtung eines kapitalistisch-nationalistischen Deutschland und in der Förderung oder doch Duldung der Reaktion und Gegenrevolution in einer Reihe anderer Länder zum Ausdruck kommende amerikanisch-britische Politik, deren Entfaltung Rußland nicht tatenlos zuschauen wollte.

Der Tschechoslowakei blieb bei dieser Zuspitzung der Gegensätze kaum mehr etwas anderes übrig, als sich vollends ganz dem werdenden östlichen Großraum anzuschließen, so tief man es auch bedauern mag, daß sie damit – für absehbare Zeit wenigstens – dem westlichen Kulturkreis verlorengegangen ist. Die Ergreifung der Staatsmacht in der Tschechoslowakei durch die Kommunisten ist eben, so gesehen, nichts anderes als eine vorsorgliche *Kriegsmaßnahme*, ergriffen im Blick auf die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes zwischen dem Osten und dem Westen. Bei einem solchen Konflikt, so glauben die tschechoslowakischen Kommunisten, ist der Platz ihres Landes unbedingt an der Seite der Sowjetunion und der östlichen «Volksrepubliken». Sie deswegen landesverräterischer Unterwürfigkeit unter eine fremde Macht zu zeihen, ist gänzlich abwegig; sie handelten vielmehr nach ihrer eigenen Überzeugung durchaus im Interesse ihres Landes,

wie denn auch alles dafür spricht, daß sie mindestens in *diesem* Punkte die Mehrheit ihres Volkes hinter sich haben.

Man sollte sich überhaupt vergegenwärtigen, daß die nationalen Konflikte in unserer Zeit immer ausgesprochener *soziale* Konflikte werden – eine Art Klassenkämpfe im Weltmaßstab, und zwar von beiden Seiten her. Die Kampffronten gehen immer offenkundiger durch die einzelnen Völker selbst hindurch: hier Front der konservativen, ja gegenrevolutionären Kräfte, dort Front der demokratischen und revolutionären Kräfte – beide international gruppiert. Eine Klasse oder eine Partei, die sich moralisch oder politisch an die ihr nahestehenden Kräfte des Auslandes anlehnt, ist darum noch nicht einfach «antinational», es sei denn, sie mache gemeinsame Sache mit einer fremden Macht gegen die Interessen des eigenen Volkes, so wie das beispielsweise die französische Reaktion während der Besetzung ihres Landes durch die Deutschen getan hat. «National» sein heißt immer weniger unter allen Umständen solidarisch mit den bürgerlich-kapitalistischen Klassen des eigenen Landes sein; es heißt vor allem eine Haltung einnehmen und eine Ordnung vertreten, die *tatsächlich* zum Heile von Volk und Land sind, auch wenn man damit in Gegensatz zu denjenigen Gruppen kommt, die *ihre* Haltung und die von *ihnen* verteidigte Ordnung mit der nationalen Sache gleichsetzen.

Gerade wenn wir selbst – etwa als Antimilitaristen und Sozialisten – für uns in Anspruch nehmen, daß wir es mit unserem Lande gut meinen, dann müssen wir auch den Kommunisten das gleiche zubilligen, selbst wenn sie sich an eine ausländische Macht anlehnen, die sie als Vorkämpferin der von ihnen selbst erstrebten Gesellschaftsordnung betrachten. Wollte man aber durchaus die Kommunisten als «russische Partei», als «Partei des Auslands» bezeichnen, so müßte man den Kommunisten auch das Recht zubilligen, ihre *Gegner* als auslandshörig zu bezeichnen, sofern sie sich auf fremde Mächte stützen und sogar sehr ausgedehnte Geldhilfe von einer dieser Mächte annehmen. Sie wären dann eben die «amerikanischen Parteien». Im übrigen wollen wir uns daran erinnern, daß auch die *schweizerischen* Revolutionäre des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, unter ihnen ein Pestalozzi, als Landesverräter (Franzosensöldlinge) verlästert wurden und dennoch vor der Geschichte in der Hauptsache gerechtfertigt dastehen.

Der innere Kampf Auch innenpolitisch charakterisiert sich der Umschwung in der Tschechoslowakei als eine Art Kriegsmaßnahme, als planmäßige Operation im sozialen und Klassenkampf nämlich, als revolutionären Gegenschlag gegen ein konterrevolutionäres Manöver der Rechten. Nichts ist oberflächlicher, als einfach von einer vorbeugenden Selbstsicherung der Kommunisten

gegen eine befürchtete Wahlniederlage zu reden. Gewiß wollten die Kommunisten einen möglichen Erfolg der bürgerlichen Parteien bei den kommenden Wahlen verhindern, einen Erfolg, den sie dank dem Spielen des «staatserhaltenden» Beeinflußungsapparates zu erringen hofften, und der dann wieder als «Ausdruck der Volksmeinung» hingestellt worden wäre. Allein man wird dem *Sinn* ihrer Aktion – auch wenn man die dazu verwendeten *Mittel* ablehnen muß – nur gerecht, wenn man sie in den Zusammenhang der ganzen Entwicklung hineinstellt, wie sie sich in der Tschechoslowakei seit 1945 vollzogen hat.

Unmittelbar nach der Befreiung des Landes von der deutschen Herrschaft, als die Fabriken in der Hand der Arbeiter waren, als die Verwaltung von rasch gebildeten Aktionskomitees übernommen werden mußte und die russische Armee fast das ganze Gebiet der Republik besetzt hielt, wäre es den Kommunisten nicht sehr schwer gefallen, eine «rote Diktatur» aufzurichten. Klugerweise verzichteten sie darauf. Sie trafen dafür mit den anderen Parteien einer neugebildeten «Nationalen Front» in Kosice jenes Abkommen, das die Vertragspartner auf die Sozialisierung der tschechoslowakischen Wirtschaft in parlamentarisch-demokratischen Formen verpflichtete. Ein verheißungsvoller Anfang zur Verwirklichung dieses Programms wurde auch tatsächlich gemacht – aber dann kam bald das Sozialisierungswerk ins Stocken. Die bürgerlichen Klassen erholten sich wieder und stemmten sich gegen ihre «kalte» Liquidierung. Das «privatwirtschaftliche Unternehmertum» – so umschrieb die «Neue Zürcher Zeitung» diesen Vorgang zartfühlend – «begann sich neben den nationalisierten Industrien wieder erfolgreich zu entfalten und schuf damit die Grundlagen für eine auch politisch selbständige Volksschicht.» Der Widerstand gegen die Sozialisierung wuchs zusehends. Amerika verweigerte, kaum ohne Zutun der kapitalistischen Kreise in der Tschechoslowakei selbst, der Prager Regierung die nachgesuchten Wirtschaftskredite. Die Industriellen und Großhändler namentlich der Textilbranche, die übrigens meist der Partei der Nationalen Sozialisten (Richtung Benesch) nahestanden, sabotierten bewußt die Wirtschaftspläne der Regierung. Die Erhebung einer Vermögensabgabe, die Weiterführung der Agrarreform, die Ausdehnung der Sozialversicherung – all das stieß auf eine systematische Opposition der bürgerlichen Parteien, die damit in Wahrheit den Geist des Abkommens von Kosice verleugneten und die Vollendung der Sozialisierung auf dem Kompromißweg hintertrieben.

Ihr Plan war offenbar, die Nationale Front zu sprengen, die Kommunistische Partei – wie in Frankreich und Italien – aus der Regierung auszuschalten, die Sozialdemokraten zu sich herüberzuziehen und ein Kabinett der «Dritten Kraft» zu bilden, das mit einem Programm der kapitalistischen Restauration gegen die Kommunisten und den von diesen und den Linkssozialisten geführten Gewerkschaftsbund zu regieren und die Tschechoslowakei dem von Amerika beherrschten

sozialkonservativen Westblock anzunähern gehabt hätte. Es wäre das die erste Etappe auf dem Wege zur eigentlichen Gegenrevolution gewesen, so wie sie wiederum in Frankreich und Italien längst im Gang ist und auch in der Tschechoslowakei um so eher Aussichten gehabt hätte, als während der Hitlerzeit der Slowakische Staat ja bereits faschistisch organisiert war und die dortige klerikale Volkspartei nur auf die Gelegenheit wartete, um neuerdings ein autoritäres Regime aufzurichten.

Die Kommunisten setzten diesem Plan zunächst den Versuch entgegen, die Sozialdemokraten ihrerseits für eine Regierung der Linken zu gewinnen, die mit einem klaren sozialistischen Programm vor die Wähler zu treten und im Fall ihres Sieges die Weiterführung der «stillen Revolution» zu sichern hätte. Die bisherige Stärke der beiden Linksparteien – die Kommunisten hatten bei den letzten Wahlen 38 und die Sozialdemokraten 14 Prozent der Stimmen erhalten – ließ ein solches Vorhaben als keineswegs aussichtslos erscheinen. Doch lehnten die Sozialdemokraten nach heftigen Richtungskämpfen, die zur Entfernung des Parteipräsidenten Fierlinger, des Sekretärs des Gewerkschaftsbundes Erban, und anderer «Linker» aus ihren Parteistellungen führten, den kommunistischen Vorschlag ab, hierin das Beispiel der französischen Sozialisten nachahmend, die sich nach der Befreiung ebenfalls weigerten, eine damals möglich gewesene sozialistisch-kommunistische Mehrheitsregierung zur Durchsetzung des radikalen Reformprogramms der Widerstandsbewegung zu bilden, und damit den Grund für die seither eingetretene unheilvolle Entwicklung legten. *

Die Niederlage des linken Flügels der Sozialdemokratie ermutigte die bürgerlichen Parteien nicht wenig, und als sich dann um Mitte Februar die Kommunisten weigerten, die Durchdringung der Polizei mit ihren Vertrauensleuten einzustellen, hielt die Rechte den Augenblick zum Handeln für gekommen. Sie zog ihre sämtlichen Minister aus der Regierung zurück, sichtlich in der Hoffnung, die Sozialdemokraten mitzureißen und eine antikommunistische Bewegung im Lande zu entfachen, gestützt auf die sie die Wahlen zu gewinnen und

---

* Die französischen Sozialisten sind also nicht, wie Bietenholz im Februarheft meint, von den Kommunisten genötigt worden, Anschluß nach rechts zu suchen. Sie *wollten* einfach nicht links stehen, sondern nur eine brave Mittelpartei sein. Und da nun einmal einfach die Lage eine Entscheidung zwischen Links und Rechts forderte (was nicht gleichbedeutend ist mit einer Entscheidung zwischen Faschismus und Kommunismus, sondern mit einer solchen zwischen radikalem Sozialismus und bürgerlich-kapitalistischer Ordnung), *mußten* sich die französischen Sozialdemokraten tatsächlich auf die Seite der konservativen Mächte schlagen. Wer sich nicht selbst entscheiden will, über den *wird* eben entschieden. — Nebenbei: die Spaltung im französischen Sozialismus ist nicht von den Kommunisten durchgeführt worden. Die hatten am Parteitag von Tours die Mehrheit und behielten darum auch das Parteiorgan; es waren die Sozialisten, die sich abtrennten, weil sie den neuen Kurs nicht mitmachen konnten.

ihren neuen Kurs einzuleiten gedachten. Der Schuß ging prompt hinten hinaus. Die Kommunisten holten ihrerseits zum Schlag aus und verwirklichten ihren für einen solchen Fall sorgsam vorbereiteten Plan mit dem bekannten Erfolg, einem Erfolg, dessen erstaunliche Raschheit und Vollständigkeit den Schluß nahelegt, daß die moralische Stellung der bürgerlichen Parteien eben doch recht schwach war und die Sympathien nicht nur der Arbeiter und Angestellten, sondern auch eines Großteils der Bauern (die eben an der endgültigen Auflösung des größeren Grundbesitzes interessiert sind) eher zu den Trägern der Revolution als zu deren Gegnern hingingen.*

Den Sozialdemokraten blieb angesichts der fertigen Tatsachen keine andere Wahl, als sich nun nachträglich eben doch für die entschlossene Weiterführung der Sozialisierung und zugleich für die Eingliederung der Republik in den Ostblock zu erklären, wollten sie nicht gänzlich nach rechts gedrückt und von der Masse der Arbeiterschaft getrennt werden. Präsident Benesch aber zog es vor – sicher gegen seine Überzeugung, die eben im Glauben an die *liberale* Demokratie verwurzelt ist –, der neuen, «volksdemokratischen» Regierung die Genehmigung zu erteilen, statt durch Widerstand gegen die totalitären Methoden der Kommunistischen Partei die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufzubeschwören. Der Umsturz ist so wenigstens mit einem Mindestmaß von Menschenopfern durchgeführt worden, und die zweite Etappe der tschechoslowakischen Revolution kann vorderhand ungestört ihren Fortgang nehmen mit der Sozialisierung aller Groß- und Mittelbetriebe, der Verstaatlichung des Außenhandels, der Erweiterung der Sozialversicherung, der Ausdehnung der Landreform, einer neuen Schulgesetzgebung und anderen radikalen Maßnahmen, die das Kabinett Gottwald angekündigt hat.

---

* Nachträglich sehe ich, daß die Arbeitsgemeinschaft religiös-sozialer Pfarrer von Zürich in einer öffentlichen Erklärung die Behauptung, es habe durch die tschechoslowakischen Kommunisten «den dunklen Plänen reaktionärer Mächte vorgebeugt werden müssen», als *«böswillig und lächerlich»* bezeichnet. Wie man sieht, fällt unter dieses Verdammungsurteil auch meine Sachdarstellung. Doch bedaure ich, sagen zu müssen, daß die dem Urteil beigegebene Begründung mich in gar keiner Weise überzeugt hat, so daß mir auch das Urteil selber sehr gleichgültig ist. Hingegen würde es mich doch interessieren, zu erfahren, ob die religiös-sozialen Pfarrer von Zürich ihr Verdammungsurteil auch gegenüber ihrem Prager Kollegen Dr. F. *Linhart*, Professor an der theologischen Hus-Fakultät, aufrechterhalten, der in Nr. 11 des «Aufbaus» sehr nachdrücklich und mit Anführung verschiedener Einzelheiten auf *sehr* dunkle Pläne und Machenschaften der tschechoslowakischen Reaktion gegen den sozialistischen Kurs hinweist. Linhart ist schließlich nicht der erste beste Kolporteur «bösartiger und lächerlicher» Behauptungen. Man weiß in Prag auch bestimmt von der Entwicklung, die sich zwischen 1945 und 1948 in der Tschechoslowakei vollzogen hat, etwas mehr als in Zürich, obwohl man *einiges* davon auch bei uns wissen könnte und sollte — wenn man nur wollte und nicht alles, was Kommunisten tun, unter allen Umständen hundertfünfzigprozentig schlecht zu machen von vornherein entschlossen wäre. (18. März.)

Zum Problem der Revolution

Das ist, soweit ich zu sehen vermag, der Rahmen, in dem sich die uns alle aufwühlenden Ereignisse in der Tschechoslowakei abgespielt haben. Das Gesamturteil über den Umsturz ist für mich gegeben. Ich stehe zu den revolutionären *Zielen*, die er sich gesetzt hat, könnte aber den totalitären *Weg* nicht gehen, auf dem diese Ziele erreicht werden sollen. Der Sozialismus muß zuletzt immer auf dem Ja des freien Willens ruhen; aller Zwang, der in seinem Dienst ausgeübt wird, ist nur geeignet, seine innere Kraft zu schwächen – darin bin ich mit den Anarchisten jeglicher Färbung einig. Aber ich bin nicht Utopist und Doktrinär genug, um die Erfahrungstatsache zu verkennen, daß staatlicher Zwang und revolutionäre Gewalt in bestimmten Lagen und auf einer bestimmten Entwicklungsstufe dennoch nötig werden können, sollen nicht die gegenrevolutionären Kräfte triumphieren. Wie manche Revolution ist zugrundegegangen, weil ihre Träger zu halbherzig, zu schwächlich, zuwenig wachsam waren, um den Gegenmächten rechtzeitig den Meister zu zeigen! Die spanische, die italienische, die deutsche, die österreichische Revolution unserer Zeit, die französische und die deutsche Revolution von 1848 (um nur ein paar wenige Beispiele herauszugreifen) haben dieses Schicksal erlitten – und wir sollten immer noch nichts daraus gelernt haben? Wie anders stünde Frankreich heute da, wenn die zum Handeln Berufenen die große Gelegenheit nach der Befreiung nicht kläglich versäumt hätten! Und wäre es mit England und Europa nicht besser bestellt, wenn die Labourregierung im auswärtigen Dienst radikal durchgegriffen und das diplomatische Personal von den Anhängern der alten, konservativ-imperialistischen Politik gründlich gesäubert hätte? Die Agrarrevolution in den östlichen Ländern – und wie unabweisbar notwendig war sie! – wäre jedenfalls nie möglich gewesen, wenn man den alten Herrenschichten schön Zeit gelassen hätte, sich unter Berufung auf die Demokratie wieder aufzurichten und die Revolution planmäßig umzubringen. Durfte man es da den Tschechen wirklich zumuten, das vorhin umrissene gegenrevolutionäre Manöver sich ruhig entfalten und die Revolution Stück für Stück zugrundegehen zu lassen? Davon kann doch im Ernst unter Sozialisten gar keine Rede sein. Die Tschechen *mußten* handeln – aber sie mußten nicht so handeln, wie sie es taten. Sie durften das Kind nicht mit dem Bad ausleeren und mit der Überwältigung der Gegenrevolution nicht auch die politischen Freiheiten opfern. Das war nicht nötig.

Allerdings besteht in solchen Fällen stets ein Konflikt zwischen Zweck und Mittel, zwischen Freiheit und Revolution, Demokratie und Sozialismus. Er besteht natürlich in diesem Sinne nicht für das Bürgertum, das den Zweck selbst ablehnt und darum hemmungslos auch das Mittel verdammen kann. Er besteht auch nicht für diejenigen Sozialisten, die unter allen Umständen das unfreiheitliche Mittel ablehnen,

und für die darum die Rechnung ebenfalls immer aufgeht. Ein Konflikt kann aber auch für diejenigen Sozialdemokraten nicht aufkommen, die den Sozialismus so wenig ernst nehmen, daß sie um seinetwillen die bürgerliche Demokratie um keinen Preis antasten lassen wollen. Und er wird umgekehrt ebensowenig von den Kommunisten empfunden, denen der Sozialismus so vordringlich wichtig ist, daß sie ihm zuliebe nicht nur die bürgerliche Demokratie, sondern die Demokratie überhaupt preiszugeben bereit sind. Aber er erhebt sich immer wieder für diejenigen Sozialisten, für die eben die Demokratie nicht nur eine Zweckmäßigkeitssache ist, sondern ein Grundsatz, denen die politische Freiheit kein Luxus ist, den man sich erlauben kann, wenn den Lebensnotwendigkeiten Genüge getan ist, sondern ein Stück Leben selbst, wie die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Brüderlichkeit, und für die darum die Demokratie mit der sozialen Revolution, die ihnen auf der Seele brennt, nicht nur vereinbar, sondern innerlichst und notwendig verbunden ist.

Wie der Konflikt im Einzelfall zu lösen ist, dafür gibt es freilich keine allgemein gültige Regel. Im Falle Tschechoslowakei bin ich überzeugt, daß sowohl die außenpolitische Sicherung gegenüber dem Westblock wie die Abwehr der inneren Reaktion und die Weiterführung der Sozialisierung ohne Unterdrückung der Oppositionsfreiheit, ohne totalitäre Gleichschaltung und inquisitorische Säuberungen möglich gewesen wären – auch wenn es natürlich schwer ist, aus der Ferne einen gangbaren Weg dafür zu zeigen. Es bestand in der Tschechoslowakei sicher kein äußerster Staatsnotstand, der revolutionäre Gewaltmaßnahmen entschuldigt hätte; was da über landesverräterische Verschwörungen und dergleichen dunkle Pläne erzählt wurde, war offenkundige Zweckpropaganda, abgesehen von den slowakischen Klerikalen, die *tatsächlich* konspiriert hatten. Und darum kann man auch der Weiterverfolgung des Weges, den die Kommunisten beschritten haben, nur mit Besorgnis zusehen. *Wenn* einmal irgendwo eine Diktatur, und sei es auch nur als «Übergangsregime», etabliert ist, dann ist es nach allen psychologischen Überlegungen und politischen Erfahrungen schwer, sie wieder loszubekommen, außer eben wieder mit Gewalt.

Aufgabe der Nichtkommunisten in der tschechoslowakischen Regierung ist es jedenfalls, auf die rasche Aufhebung der totalitären Maßnahmen zu dringen und die Revolution mit freiheitlichem Geiste zu erfüllen – sofern man nicht auch das als Illusion bezeichnen will. Was aber das Ausland anbelangt, so besteht dessen Aufgabe bestimmt nicht in jenem widerlichen Geschimpfe auf die sozialdemokratischen «Kollaborationisten», in jenem wüsten Toben gegen die «kommunistischen Hitler-Kopisten», das jetzt in gewissen SP-Kreisen große Mode ist. Ein inneres Recht zur Ablehnung des Kommunismus hat ja nur ein *revolutionärer* Sozialismus, der sich damit nicht rechts, sondern links vom Kommunismus placierte, wobei es allerdings nicht genügt, Rosa Luxem-

burg zu zitieren, wenn es gerade gilt, gegen die Kommunisten einen Kronzeugen zu finden, während man im übrigen einem seichten Reformismus huldigt, wie ihn Rosa Luxemburg selbst zeitlebens aufs leidenschaftlichste abgelehnt hat.

Auf höherer Ebene bedarf die Haltung der *Christen* gegenüber dem Kommunismus einer Klärung. Wiederum ist es *Berdiajew*, der den Nagel auf den Kopf trifft: «Um die *Lüge* des Kommunismus zu besiegen, muß man zuerst seine *Wahrheit* erfaßt haben.» Und unser Freund Jacques *Martin* sagt im «Christianisme Social» (Januar-Februar-Heft) ähnlich: «Der Kampf, den das Christentum oder die Kirche unter dem Deckmantel einer Verteidigung der Kulturwerte gegen den Kommunismus oder den Sozialismus zu führen versucht wäre, wäre ärger als die Gefahr, die sie anprangern möchte. Jeder Antikommunismus ist gottlos und artet unvermeidlicherweise in die Verteidigung einer gottlosen Gesellschaftsordnung aus.»

Das heißt zugleich auch: Solange die Bekenner Christi der sozialen Revolution – und sie ist die überragende gesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit – nicht die Kräfte des Gottesreiches zuführen, setzen die Kommunisten eben die Kräfte der Weltreiche und ihrer eigenen – der kommunistischen – Religion dahinter. Davor gibt es kein Ausweichen!

Wirkungen und Gegenwirkungen

Die tschechoslowakischen Ereignisse werden wahrscheinlich sehr weittragende Fernwirkungen haben. Zunächst werden sie den Ostblock stärken, die Stellung der Sowjetunion gegenüber Mittel- und Westeuropa festigen und den mit Furcht gemischten Respekt vor der Schlagkraft des Kommunismus erhöhen. Auf der anderen Seite aber wird der *Widerstand* gegen alles Kommunistische und Revolutionäre, wie insbesondere gegen das, was man unzutreffenderweise russischen Imperialismus nennt, dadurch nur erst recht aufgepeitscht. Das zeigt sich gerade jetzt in der heftigen Auflehnung der großen Mehrheit der *Finnen* gegen die förmliche Einbeziehung ihres Landes in den Ostblock, die durch den Abschluß eines Militär- und Beistandsbündnisses zwischen Rußland und Finnland erfolgen soll. Es zeigt sich aber auch in der verschärften Gegenaktion Westeuropas und Amerikas gegen die Sowjetpolitik. *Bevins Allianzpläne* sind durch den Umschwung in der Tschechoslowakei unerwartet gefördert worden; das Bündnis zwischen Großbritannien, Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg steht unmittelbar vor der Unterzeichnung, und ähnliche Vereinbarungen mit Italien und Portugal, weiterhin mit Deutschland und Österreich (die beide mehr und mehr als Alliierte der Westmächte behandelt werden), mit den nordischen Ländern und schließlich, als Krönung des ganzen Gebäudes, mit den Vereinigten Staaten von Amerika sollen folgen.

Parallel damit geht, von der wirtschaftlichen Seite her, die beschleu-

nigte Inkraftsetzung des *Marshall-Plans*, auf dessen parlamentarische Behandlung in Washington der tschechoslowakische Schock ebenfalls anfeuernd gewirkt hat. Kurz, ein politisch-militärisch-wirtschaftliches Westblocksystem ist in der Entwicklung begriffen, das von den beteiligten Regierungen sicherlich defensiv gemeint ist, auf dem Hintergrunde der ganzen sowjetfeindlichen Westpolitik aber, die hier nicht mehr näher gekennzeichnet zu werden braucht, und angesichts der gewaltigen militärischen und kriegswirtschaftlichen Überlegenheit des Westblocks von Rußland eben zwangsläufig als Bedrohung empfunden wird.

Der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» betont zwar in diesem Zusammenhang, «daß London nach wie vor nicht mit einem Krieg rechnet, sondern vielmehr annimmt, daß die Gefahr auf innenpolitischem, revolutionärem Gebiet zu suchen ist». Allein die militärischen Rüstungen Englands und namentlich Amerikas werden eben dennoch mit einer derartigen Planmäßigkeit, Energie und Großzügigkeit weitergetrieben, daß der «New Statesman» ernstlich davor warnen zu sollen glaubt, das Heil auf diesem Wege zu suchen.

«Die russische Drohung», so schreibt das Blatt, «ist keine Drohung mit einem militärischen Angriff. Stalins Technik ist nicht so roh wie die Görings. Er droht nicht damit, unsere Städte mit schweren Bomben auszulöschen, sofern wir nicht vor seiner Wehrmacht kapitulierten. Er sagt ruhig, aber mit der ganzen Sicherheit eines dialektischen Dogmas, daß die nichtkommunistische Welt infolge der ihr innewohnenden Widersprüche auseinanderfallen müsse, und daß dieses innere Auseinanderfallen in erster Linie durch die Aktion der verschiedenen kommunistischen Parteien beschleunigt und sodann, wenn der Augenblick dazu komme, für revolutionäre Zwecke ausgenützt werde. Der russische Kommunist ist überzeugt, daß seine Sache auf weite Sicht gewinnen *muß*... Die Aufgabe der westeuropäischen Demokratie ist (darum) nicht, eine Wehrmacht zu organisieren, die stark genug ist, um Rußland zu schlagen, sondern einen Westbund aufzubauen, dessen Gesellschaftsordnung den Kommunismus unnötig macht und die Prophezeiungen der Weisen vom Kreml widerlegt. Wenn wir uns durch Entrüstung über die Prager Ereignisse von diesem positiven Ziel ablenken lassen, dann werden wir das Grab der westlichen Demokratie und des Sozialismus schaufeln.»

Wunschträume und Tatsachen

Das Londoner Blatt hat nur zu sehr recht. Nur – wie soll ein sozialistisches Westeuropa aufgebaut werden mit einer britischen Labourregierung, die auf die Sozialisierung Deutschlands längst verzichtet hat, mit einer deutschen Sozialdemokratie, die nur eine verschlimmerte Neuauflage des verbürgerlichten Sozialpatriotismus der Weimarer Zeit ist, mit einem französischen Sozialismus, der krampfhaft an der Illusion einer «Dritten Kraft» festhält, um nur nicht revolutionär handeln zu müssen? Camille *Val* sagt es, im «Socialiste Chrétien» von dieser «dritten Schwäche» sprechend, deutlich:

«Sie (die «Dritte Kraft») behauptet ihre gleichmäßige Feindseligkeit gegenüber dem Kommunismus wie gegenüber dem Gaullismus.

Aber wie will man gleichmäßig die Waage halten zwischen zwei ungleichmäßig bedrohlichen Kräften, ohne diejenige zu begünstigen, deren Drohung uns unmittelbar bedrängt: den Gaullismus? Anderseits ist es klar, daß jene Behauptung mehr Redensart als Wirklichkeit ist, und daß der Antikommunismus (der Parteien der ‚Dritten Kraft') stärker ist als der Antigaullismus ... Die einzige Möglichkeit für die ‚Dritte Kraft', eine nützliche Rolle zu spielen, läge in einer doppelten Anstrengung: einerseits den Mittelschichten Hoffnung zu geben und sie durch eine konsequente Haltung vom Faschismus abzubringen; anderseits die Fühlung mit den kommunistischen Massen wiederherzustellen und neben ihnen und mit einem Mindestmaß von Verbindung zu ihnen eine entschlossen antikapitalistische und sozialistische Kraft zu bilden.»

Eine Anzahl bekannter Persönlichkeiten der französischen Linken hat denn auch seither in diesem Sinn einen Aufruf zur Schaffung eines *Rassemblement Démocratique Révolutionnaire* erlassen, doch ist es sehr die Frage, ob die neue Gruppierung, trotz ihrem guten Programm, mehr sein wird als ein Kader von Offizieren ohne Soldaten. Am Gang der Ereignisse in Frankreich wird sie vorläufig jedenfalls nichts mehr zu ändern vermögen. Die Koalitionsregierung hält sich zwar immer noch, wenn auch mit Mühe, über Wasser; nur wenn außenpolitische und militärische Fragen zur Debatte stehen, kann sie auf die «nationale Einheitsfront» (ganzes Parlament minus Kommunisten) zählen. Vielleicht gelingt es ihr auch im innenpolitischen Kampf, noch geraume Zeit obenauf zu bleiben, sind doch die konservativen Kräfte der Mitte fast gezwungen, sie zu stützen, wenn sie nicht dem unberechenbaren gaullistischen Dynamismus freie Bahn geben wollen. Sollte aber das Schiff der Schuman, Mayer und Moch zuletzt doch sinken, dann würde General de Gaulle, der schon alles vorbereitet zu haben erklärt, um Frankreich zu retten, nicht allein die Kommunisten liquidieren, sondern auch seinerseits dafür sorgen, daß ein sozialistisches Westeuropa höchstens noch als schöner Traum einiger Idealisten weiterleben würde ...

Westdeutschland scheidet natürlich als Teilhaber eines sozialistischen Europas ohnehin aus. Ja die Westmächte scheinen allen Konferenzen und Projekten zum Trotz nicht einmal imstande zu sein, die von ihnen verwalteten Zonen zu einem «going concern», einem richtig laufenden Unternehmen, im *kapitalistischen* Sinne zu machen. Kein Wunder, daß die Einheitspropaganda der Kommunisten – «ein einiges Deutschland unter Sowjetführung!» – neuerdings recht bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen hat. «Spektator» (Nationalrat W. Bringolf) meint denn auch in der sozialdemokratischen Presse der Schweiz verdrossen:

«Nicht zuletzt sind diese Erfolge auf das weitgehende Versagen der alliierten Besatzungsmächte in Deutschland ... zurückzuführen. Mit

Proklamationen und mit Deklamationen über die ‚freie Wirtschaft' ist nichts getan. Die durch die westlichen Alliierten systematisch geförderte Stärkung der kapitalistisch-reaktionären Kräfte in Westdeutschland wirkt sich immer verhängnisvoller aus ... Wenn nicht grundlegende Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft in der Richtung zum Sozialismus erfolgen, dann wird die tschechoslowakische Tragödie nicht allein bleiben. Wir sagen es offen: Der demokratische Sozialismus ist in Gefahr.»

Der Krieg in Palästina Von all den übrigen Weltproblemen, die noch zu beleuchten wären, kann ich heute nur eines erwähnen, weil sich der Kampf um seine Lösung immer mehr zuspitzt: das Problem *Palästina*. Die Vereinten Nationen haben, wie bekannt, grundsätzlich die Teilung Palästinas in eine jüdische und eine arabische Hälfte beschlossen. Aber sie weigern sich bisher beharrlich, diesen Beschluß, der auf den organisierten Widerstand der arabischen Welt stößt, auch durchzusetzen, obwohl die Palästinakommission der UNO sehr ernst darauf hingewiesen hat, daß die ganze Autorität der Vereinten Nationen von der erfolgreichen Ausführung des Teilungsbeschlusses abhänge. Großbritannien hält eben immer noch an der im Morrison-Plan vorgeschlagenen Lösung fest, daß sich die Juden mit der Stellung einer zahlenmäßig begrenzten nationalen Minderheit in einem arabischen Staat abzufinden hätten; Amerika aber bekennt sich, um die Juden zu beschwichtigen, zwar theoretisch zur Teilung Palästinas, verhindert jedoch praktisch die Teilung, um sich nicht mit den Arabern zu überwerfen, auf deren Petrol es sich angewiesen glaubt. Henry *Wallace*, der bei einer Ersatzwahl ins Bundesparlament in einem stark jüdischen Quartier Neuyorks seinen Kandidaten nicht zuletzt dank seiner Opposition gegen die doppelzüngige Politik der Regierung Truman durchgebracht hat, bemerkt in der «New Republic» bitter:

«Großbritannien und die arabischen Staaten führen einen Bürgerkrieg gegen die Vereinten Nationen. Sie werden Erfolg haben, sofern die Vereinigten Staaten nicht sofort ein klares Machtwort sprechen, um der UNO Mut zu geben. Als es darum ging, die iranische Frage vor die UNO zu bringen, zögerte Amerika nicht, sofort zu handeln. Als es darum ging, an Griechenland und die Türkei Waffen zu liefern, zögerte Amerika nicht, auf eigene Faust zu handeln. Und natürlich, als es darum ging, die gesetzmäßige Regierung in Spanien im Jahr 1936 mit Waffen zu unterstützen, da weigerte sich Amerika, zu handeln. Soll die Geschichte wirklich feststellen, daß die Vereinigten Staaten meistens nur dann handeln, wenn es darauf ankommt, feudale und Besitzinteressen zu unterstützen?»

Es ist ein schändliches Spiel, das hier getrieben wird. Und inzwischen geht der jüdisch-arabische Krieg in Palästina mit Terror, Mord und wechselseitigen Vergeltungsmaßnahmen scheinbar hemmungslos weiter. Wann wird diesem Verhängnis durch eine Tat des

Anstandes und des Mutes Einhalt geboten werden – eine Tat, die bewiese, daß es dennoch «etwas wie Gerechtigkeit», etwas wie eine Rechtsordnung über dem Kampf der nationalen Egoismen und der Besitzinteressen gibt?

13. März. *Hugo Kramer.*

Nachtrag. Die westliche Reaktion auf den Umsturz in der Tschechoslowakei hat seit dem Abschluß der Weltrundschau gefährlichste Formen angenommen. Dies namentlich im Zusammenhang mit der gestrigen Rede Präsident Trumans, die geradezu der Vorbereitung eines *kriegerischen Einschreitens gegen die Sowjetunion* gleichkommt, wobei allerdings — es ist gewiß nicht unfair, das zu vermuten — auch innenpolitische, in Hinsicht auf die Herbstwahlen angestellte Erwägungen die außergewöhnliche Schärfe des Tones mitbewirkt haben dürften. Ein ungeheures Verbrechen gegen den Frieden, gestützt auf eine alles überflutende Propaganda, wird jetzt im Namen des Antikommunismus angezettelt. Mag man mich darum weiterhin — und meistens im vollen Bewußtsein der Unwahrheit dieser Kennzeichnung — als Parteigänger oder Mitläufer des Kommunismus hinstellen: ich kann nicht anders, als aus einer tief empfundenen Verpflichtung gegen die Wahrheit und gegen die Friedenssache erneut aussprechen, daß die allgemeine Außenpolitik der Sowjetunion, trotz allem, was man gegen ihre Mittel und gegen die Ziele oder Methoden ihrer Innenpolitik einwenden muß, keine Kriegshandlung der Westmächte gegen die Sowjetunion rechtfertigt; daß die (meistens noch sehr überschätzte) Mithilfe der Sowjetunion bei der Ausbreitung ihres politischen und sozialen Systems ebenfalls kein stichhaltiger Grund für ein kriegerisches Vorgehen gegen sie ist, zumal auch die Vereinigten Staaten von Amerika die größten Anstrengungen machen und die gewaltigsten Mittel aufwenden, um *ihr* politisches und soziales System — den Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie — in der Welt zu stützen und auszubreiten; daß bei aller Aufrichtigkeit freiheitlichen Empfindens, das dem westlichen Protest gegen die östlichen Diktaturen zugrunde liegt, der entscheidende Beweggrund für den antikommunistischen Kreuzzug insbesondere der herrschenden Schichten Amerikas nicht die Liebe zur Freiheit, sondern die Liebe zum Geld ist; und daß schließlich die Bekämpfung des Kommunismus mit den Waffen nicht nur erfolglos bleiben muß, sondern auch eine Weltkatastrophe herbeizuführen droht, vor deren Wirkungen der Gegensatz Kommunismus-Kapitalismus gänzlich nebensächlich werden müßte.

Wenn man in den westlichen Ländern, und vor allem in Amerika, die Zeit nun für gekommen erachtet, um wirklich den Präventivkrieg gegen die Sowjetunion zu wagen, den eine unverantwortliche Propaganda schon seit ein paar Jahren fordert, dann mag diese Politik zunächst mächtige Anfangserfolge haben; auf die Länge wird sie sich selber zerstören — und vielleicht die übrige Welt dazu. Es ist hohe Zeit, daß den Kriegsmachern das von all denen klar gesagt wird, denen die antikommunistische Hysterie *nicht* den Kopf benebelt und *nicht* das Gewissen abgestumpft hat.

18. März. *H. K.*

Wir lehnen es ab, unsern Pazifismus vor den Wagen derer zu spannen, die die Menschenrechte unterdrücken, ein kleines Volk nach dem andern vergewaltigen und den Aufbau der kollektiven Sicherheit mit allen Mitteln sabotiert haben. Das Zurückweichen vor ihnen ist nicht Pazifismus, sondern Preisgabe des Rechtes und damit der sicherste Weg zur Katastrophe. Furchtbar ernst ist die Wahrheit des Wortes: «Wehe denen, die ‚Friede' rufen, wo gar kein ‚Friede' ist.» *Paul Trautvetter.*

Vom Grenzenlosen strömt es in mich ein
und macht mich blutsverwandt mit allem Leben.
Was in der Welt emporragt, wird ganz klein,
sie selbst ein Sumpf, den Aasgeier umschweben.
Der Erde aber bleibt der Himmel Dach
und schirmet sie vor allen Ungewittern:
so ruft im Menschen sie den Schöpfer wach
und läßt vor seiner Größe ihn erzittern.

Das Schauen nimmt mich völlig in Beschlag,
scheu ziehn zurück sich Wissen und Verstehn.
Was bisher in mir noch verschüttet lag,
bricht nun hervor, zwingt mich, in mich zu gehn,
und zieht mich immer mehr in mich hinein,
bis ich erfühl, daß es kein Ende nimmt,
und daß mir dieses Gehn und Müdesein
vom Schöpfer für das Dasein ist bestimmt.

So wächst und weitet sich mein Innres aus,
und um mich prangt der Schöpfung frei Gefild
und läßt vertraut mich in ihr sein zu Haus.
Ganz abseits liegt die Welt, ein Jammerbild.
Und kommt der Tag, der mich der Zeit entrückt
und von mir nimmt auch all mein Gut und Hab,
so soll es sein, daß mich das Wort beglückt:
daß ich das Zeitliche gesegnet hab.

Dann stehn noch einmal alle Dinge auf
und reichen mir zum Abschied noch die Hand;
sie wissen ja um meinen Lebenslauf
und fühlen mich mit ihnen urverwandt
als einen, der, wie sie, auf dunklem Grund
sein Dasein trug und nun des Lichtes harrt,
das ihm in letzter zeitentrückter Stund
das Ewige nun völlig offenbart.

Carl Dallago

Um ein Manifest

(Antwort an den Verfasser der März-Rundschau)

In der Märznummer der «Neuen Wege» wird in der «Rundschau» das Manifest der Zürcher religiös-sozialen Pfarrer kommentiert. Es wird kurzerhand abgetan als das Produkt mangelnder Aufrichtigkeit und einer bösen Entschlossenheit, einfach die Tatsachen zu ignorieren, die man wohl kennen könnte, «wenn man nur wollte», und «alles, was Kommunisten tun, unter allen Umständen hundertfünfzigprozentig schlecht zu machen».

Es bestünde an sich keine Notwendigkeit, darauf zu antworten. Wenn es hier doch in Kürze geschieht, so einmal darum, weil in der

«Rundschau» in diesem Zusammenhang direkt nach unserem Urteil über Prof. Linhart in Prag gefragt wird. Sodann, damit immerhin bei den Lesern der «Neuen Wege» nicht der Eindruck entstehe, daß wir uns dem gegen uns erhobenen Vorwurf stillschweigend beugen. Wir dürfen das auch um so eher wagen, als wir zur Begründung unseres Urteils immerhin einige *Tatsachen* anzuführen haben, die in der Darstellung der «Rundschau» merkwürdigerweise vollständig übergangen werden, obschon diese ja an Umfang ein Vielfaches unseres Manifestes einnimmt und für die Anführung von Tatsachen reichlich Raum böte, und obschon man bei der Deutung eines derartigen Ereignisses, das sich ja naturgemäß zum großen Teil hinter den Kulissen abspielen mußte, doch froh sein müßte um jede *Tatsache*, deren man habhaft werden kann, weil nur solche ein Schlaglicht auf das Ereignis zu werfen und uns aus dem Bereich der bloßen Vermutungen und Behauptungen herauszuführen geeignet sind.

1. Jan Masaryk hat Selbstmord begangen. Die «Rundschau» erwähnt diese *Tatsache* mit keinem Wort, man kann sie höchstens in einer summarischen Bemerkung miteinbezogen vermuten. Dieses Stillschweigen ist uns unverständlich, denn schließlich ist Jan Masaryk nicht der erste beste Dutzendmensch, sondern er ist der Sohn von T. G. Masaryk. Und wenn er auch nicht das Format seines Vaters besessen haben mag, so ist er doch ein lauterer und treuer Verwalter des Erbes seines Vaters gewesen. Und zudem war er Außenminister der Tschechoslowakei, also ein Mann, der wirklich Einblick hatte in die Ereignisse, der *wußte*, was geschehen war. Nun pflegt man sich nicht das Leben zu nehmen darüber, daß man sein Land vor «sehr dunkeln Plänen» soeben gerettet erkennt. Jan Masaryk verzweifelte nicht ob einem Unheil, das er verhütet, sondern ob einem, das er verwirklicht sah. Er hatte schon mehr Unheil seines Landes erlebt und ertragen; dieses war so, daß er es nicht mehr ertrug. Das Zeugnis dieses Toten kann nicht gut zum Verstummen gebracht werden.

2. Jan Masaryk hat ein Staatsbegräbnis mit offizieller Trauerrede Gottwalds erhalten. Da die «Rundschau» seinen Tod übergeht, ist sie natürlich auch nicht in der Lage, dieses makabre Schauspiel zu erwähnen, wo der, gegen welchen der Tote durch sein Sterben Anklage erhebt, sich vor das Grab seines Opfers stellt und ihm eine Lobrede hält. Diese zynische Demonstration schlechthin totaler Skrupellosigkeit ist geschehen, sie ist *Tatsache*, wir haben sie nicht erfunden, wir haben sie lediglich registriert bei der Frage nach der charakterlichen Qualifikation der jetzigen Machthaber. Es ist also nicht bloße Voreingenommenheit, wenn wir nicht in der Lage sind, für deren Anständigkeit und aufrichtig gute Gesinnung zu plädieren.

3. Bei der Suche nach dem Sinn des erfolgten Umsturzes sind wir auf die *Tatsache* gestoßen, daß eine Parole existiert: «Nicht Masaryk,

sondern Lenin!» Wir haben daran nicht vorbeigehen können, denn wir haben sie nicht beim ersten besten Schreihals aufgelesen, sondern an dem repräsentativsten Ort, der überhaupt denkbar ist, nämlich bei Herrn Gottwald persönlich, der nun auch neuerdings in prononciertem Gegensatz zu dem schönen Glaubensbekenntnis Masaryks: «Die Wahrheit wird siegen!» die Gegenparole ausgegeben hat: «*Unsere* Wahrheit wird siegen!» «Lenin, nicht Masaryk!» Der Mann, der sich zu diesem Programm bekennt, ist der Sieger des Tages! Diese *Tatsache* ist so gewichtig, daß es weiterer Worte durchaus nicht mehr bedarf. Man ist im Bilde, man hält den Schlüssel zu den Ereignissen in Händen. Die kühnsten Konstruktionen und wärmsten Plädoyers können einen nicht mehr ablenken. Es ist der Glaube und das Werk Masaryks, was jetzt dort gelästert und zerschlagen wird. *Sein* Name ist jetzt dort ausgelöscht worden.

Und noch etwas, weil es sich ja um eine «Rundschau» in den «Neuen Wegen» handelt. Die besonderen Beziehungen von L. Ragaz zu diesem Lande sind bekannt, nicht nur zu seiner Geschichte, die er zum Wertvollsten rechnete, sondern auch seine Beziehungen zu der neuzeitlichen Tschechoslowakei, an erster Stelle zu Präsident Masaryk persönlich. Seine Verdienste um dieses Land sind bekannt, sie sind dort auch erkannt und gewürdigt worden. Bis zuletzt haben Anhänger von Ragaz wichtigste Schlüsselstellungen in diesem Lande eingenommen. Wie nirgends sonst ist in diese – durchaus vorbolschewistische und unkommunistische – Demokratie ein Stück Ragazschen Geistes hineinverwoben gewesen. In dieser – durchaus vorbolschewistischen und unkommunistischen – Demokratie hat er ein Stück Fleischwerdung seiner teuersten Ideale sehen dürfen. Das Unternehmen, ausgerechnet in den «Neuen Wegen» zwanzig Seiten über die Tschechoslowakei zu schreiben, ohne dieser *Tatsache* auch nur mit einem Atemzug Erwähnung zu tun, ist von einer Kühnheit, die unsern Wagemut weit übertrifft. Die *Wertung* dieser Tatsache stünde ja dann grundsätzlich immer noch jedermann frei, aber sie müßte doch wenigstens abgewogen werden.

Die erwähnte Parole Gottwalds aber hat uns auch blitzartig die letzten Hintergründe und Perspektiven dieses Umsturzes aufgehellt. Was bei den Ländern, die bisher unter die Diktatur des Bolschewismus gezwungen worden sind, nicht in diesem ausgesprochenen Maße der Fall gewesen ist, das ist jetzt hier durch den Griff nach Prag geschehen: Hier ist durch eine heilige Tradition geheiligter Boden frevlerisch angetastet worden. Es ist eine Ahnungslosigkeit sondergleichen, wenn man den Kampf, der jetzt da ausgetragen wird (nicht ausgetragen *wurde!*), lediglich beurteilen will unter politischen oder strategischen oder sonstigen derartigen Gesichtspunkten. Derartige «Erklärungen» dürfen wir den Geschichtsdilettanten überlassen. Hier ist ein Kampf der Geister entbrannt; zwei letzte, unbedingte Prinzipien sind hier an-

einandergeraten: das Masaryksche «Christus statt Cäsar!» gegen das Leninsche «Cäsar statt Christus!»

Denn über diesem Lande steht riesengroß der hussitische Geist Masaryks. Gegen ihn hat sich ein anderer herangeschoben, in seiner Art nicht weniger riesenhaft, aber von einer andern, schillernden, dämonischen Größe, dessen Glanz nicht licht ist, sondern dunkel: der Schatten Lenins. – Und nun hat ein unerbittliches, unversöhnliches Ringen angehoben, ein Ringen um die Seele des Volkes und um den Besitz des Erdreiches, auch um *unsere* Seele und *alles* Erdreich. Angesichts dieses Geisteskampfes, dieses Ringens der Riesen, deren heißen Atem wir spüren, sind wir vor eine letzte Entscheidung gestellt, vor eine *Glaubensentscheidung*: «Masaryk oder Lenin?» Eine Aktualisierung jener uralten Menschheitsfrage: «Christus oder Barabbas?» Hier gilt nur eine saubere, eindeutige Entscheidung, ein volles und rundes Ja oder Nein. Hier ist kein Schwanken gestattet, keine Zweideutigkeit, kein laues «sowohl als auch». Hier gilt es, heiß oder kalt zu sein.

Diesen Boden hat schon einmal einer gewagt mit unsauberen Händen anzutasten. Es ist *sein* Schritt in den Untergang gewesen. Er war zwar noch etwas schlauer als die jetzigen Machthaber, er hatte immerhin eine Ahnung von der Magie der Namen und von der Gefährlichkeit des Heraufbeschwörens der Geister. Er hat darum sorgfältig vermieden, den Namen Masaryks je einmal auszusprechen, er hoffte, ihn durch Verschweigen unter die Toten bannen zu können. Es hat ihm nichts geholfen, er ist zerschmettert worden. Die jetzigen Machthaber versuchen es mit der plumpen Methode, sich verschlagenerweise des Namens Masaryks zu bedienen. Der Ausgang wird um so gewisser der gleiche sein.

Daß die – wenigstens vorläufige und äußerliche – Eroberung des Landes vor sich gehen konnte, ohne auf gewaltsamen Widerstand zu stoßen, macht die Situation nicht harmloser, sondern desto unheimlicher. Denn was sich gegen Gewalt durchsetzen muß, auch wenn es ein Unrecht ist, leistet durch den Heroismus und die Opfer, die es aufbringt, immer schon eine gewisse Sühne und gewinnt daraus ein gewisses Lebensrecht – wenn auch ein sehr bedingtes – und eine gewisse Lebenskraft. Hier aber ist keine Sühne. Hier ist kein menschlicher Widerstand geleistet worden. Diese Lautlosigkeit ist unheildrohender, als aller Lärm wäre. Es ist, als ob die ewigen Mächte sich selber den rächenden Gegenschlag ganz und gar vorbehalten hätten. Und man hört in dieser Stille auch deutlicher das Schreien der Elenden, immer ein böses Zeichen.

4. Die Antwort auf die Frage nach unserer Beurteilung von Prof. Linhart in Prag kann nach dem kurz sein. Gewiß, die Bezeichnung «böswillig» kann auf ihn nicht angewendet werden, der im Gegenteil als leider nur allzu gutwillig und gutgläubig bezeichnet werden muß.

Wo aber die «Arglosigkeit der Tauben» auch gar so bar ist aller «Klugheit der Schlangen», da kann sie schließlich direkt ans Bedenkliche streifen. Davon konnte sich jedermann überzeugen, als Prof. Linhart seinerzeit in Zürich aus sichtlich tiefster Überzeugung die Austreibung der Sudetendeutschen moralisch und religiös rechtfertigte, obschon er darüber ja noch etwas besser Bescheid hätte wissen müssen als seine hiesigen Zuhörer. Daß ein solcher Mann, der so mitten in den Vorgängen drin lebte und nicht *sah*, was passierte, als Kronzeuge für die Beurteilung der neuesten Ereignisse sich nicht gut eignet, darin dürfte der Verfasser der «Rundschau» mit uns einig gehen.

5. Wir müssen noch etwas sagen. Die «Rundschau» stellt mit Recht fest: Es geschehen böse Dinge, daß «zahlreiche nicht Gleichzuschaltende aus dem Lande oder gar in den Tod getrieben werden und sich neuerdings ein Flüchtlingsstrom über die Grenzen ergießt». Wir sind tief bedrückt von dem Gedanken, es könnte möglicherweise einer dieser Unglücklichen die «Neuen Wege» zu Gesicht bekommen und darin auf die kühle Feststellung stoßen: «Die nichtkommunistischen Tschechoslowaken selber haben weithin das Recht verwirkt, sich jetzt bedauern zu lassen», weil sie bei der Austreibung der Sudetendeutschen mitgeholfen haben. So etwas hätte man *vorher* sagen müssen oder man dürfte es allenfalls in einem *späteren* Zeitpunkt, bei einer Wende, wieder sagen als Mahnung. In diesem Moment aber ist es eine Ungeheuerlichkeit. Schließlich sind diese «nicht Gleichzuschaltenden» nicht das Opfer eines heiligen Zornes der *kommunistischen* Tschechoslowaken über jene Gewalttat geworden, sondern sie sind die Opfer derer, die sich seinerzeit gerne genug von ihnen haben helfen lassen und die jetzt die gleiche Brutalität noch einmal, gegen ihre noch übrigen Landsleute, praktizieren, und zwar mit Lust. Vor dem Unglück selber hat man noch immer den Hut abgenommen. «Res sacra miser: eine heilige Sache ist der Unglückliche.» Es hat immer eine Scheu gegeben, ihm Rechnungen zu präsentieren, zumindest im Augenblick seiner tiefsten Not. Hätten, so gesehen, nicht auch die Sudetendeutschen «selber weithin das Recht verwirkt, sich jetzt bedauern zu lassen?» Und welche Rechte haben denn nun die jetzt triumphierenden *zweifachen* Gewalttäter verwirkt? Nicht zum mindesten das Recht, ausgerechnet mit Pestalozzi verglichen zu werden?

Die «Neuen Wege» sind repräsentativ für unsere ganze Bewegung. Eine zumindest moralische Verantwortlichkeit für alles, was in ihnen steht, umfaßt uns alle. Wir können uns auch in diesem Fall nicht pharisäerhaft davon freisprechen, wir müssen uns gern oder ungern zu unserer Mitverantwortung bekennen, auch für diesen Satz. Wer aber wird uns davor bewahren, eines Tages die Gegenrechnung vorgesetzt zu bekommen: «Ich bin heimatlos und im Gefängnis gewesen, und ihr habt mir bescheinigt, daß ich das Recht verwirkt habe, mich bedauern zu lassen?»

Otto Hürlimann.